

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : der "Dritte Weg" des Schröder/Blair-Papiers

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mitten dieses Lärms von einfahrenden Trams und brausenden Autos. Ich hätte ihr gerne zugehört, und mit ihr darüber nachdenken wollen, was sie wirklich brauchen könnte und wie sie Boden unter die Füsse bekommt. Beinahe widerwillig habe ich mein Portemonnaie aus der Tasche gezogen und ihr ein Geldstück in die Hand gedrückt. Sie hat es dankend genommen und sich rasch umgewendet – weg gewendet. Ihre und meine Würde waren verletzt.

Und doch musste es wohl so sein. Sie braucht das Geld – für was immer. Ich musste es – ich wollte es – geben. Weshalb

denn so zimperlich? Habe ich eine Ahnung, weshalb Menschen betteln. Geht es mir materiell deshalb schlechter?

Aber das Würgen im Hals bleibt. Ich verspüre es deutlich, auch wenn ich immer ein Geldstück im Mantelsack habe und es ohne Umschweife dem Drogensüchtigen gebe, der vorgibt, die Schlafstelle bezahlen zu müssen oder ein Stück Brot kaufen zu wollen. Sehr wahrscheinlich stimmt es nicht. Aber ich kann das weder beurteilen noch verurteilen. Das also kann das Problem nicht sein – es ist eine Frage der Würde.

Linda Stibler

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Der «Dritte Weg» des Schröder/Blair-Papiers

Ist es das Schröder/Blair-Papier überhaupt wert, diskutiert zu werden? Durchsetzt mit schwammigen Begriffen, die sich als «Grundwerte» ausgeben, beleidigt seine langfädige Geschwätzigkeit den letzten Rest an kritischer Vernunft, den sich die europäische Linke noch bewahrt hat. Wir könnten uns die Diskussion denn auch schenken, wenn wir nur auf den Inhalt abstellen und die Urheberschaft ausblenden würden. Aber Blair und Schröder sind keine politischen Auslaufmodelle, sondern die Regierungschefs ihrer Länder und erst noch die Vorsitzenden ihrer Parteien.

Die Kritik sollte sich vor allem mit dem Begriff des «Dritten Wegs» auseinander setzen, dann aber auch mit den sozialdemokratischen Grundwerten, die das Papier für sich beansprucht, und schliesslich mit seinem Defizit an Analyse und Strategie, einem Defizit freilich, das Schröder und Blair für ihr Markenzeichen halten.

Zwischen traditioneller Sozialdemokratie und Neoliberalismus?

«Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten» lautet die Überschrift über dem Schröder/Blair-Papier. (Die männliche Form entspricht dem Inhalt, da Frauen hier nur marginal vorkommen.) «Der Weg nach vorne» ist für die beiden Autoren der «Dritte Weg» oder der Weg der «neuen Mitte», der *jenseits von Links und Rechts* verläuft. Das heisst: Der «Dritte Weg» verschiebt sich nach rechts, wie das mit jeder angeblich fortschrittlichen Ideologie der Fall ist, die das Links-Rechts-Schema für überholt erklärt und sich nur noch an einem nebulösen «vorne» zu orientieren vorgibt. Wenn «links» für die traditionelle Sozialdemokratie und «rechts» für den Neoliberalismus steht, dann positionieren sich «Dritter Weg» und «neue Mitte» zwangsläufig dazwischen. Das aber ist nicht mehr

der «Dritte Weg», wie ihn der linke Diskurs früher verstanden hat.

Der «Dritte Weg» ist historisch gekennzeichnet vom Bemühen, ein neues Gesellschaftsmodell zwischen oder jenseits von einem politisch autoritären *Staatssozialismus* und einem ökonomisch autoritären *Privatkapitalismus* zu finden. Die europäische Sozialdemokratie brachte dieses Bemühen auf den programmatischen Punkt: «Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus.» In Staat und Wirtschaft konnten nach diesem Verständnis nicht zwei gegensätzliche Menschenbilder koexistieren: ein partizipatives der demokratischen Mitbestimmung für die Politik einerseits und ein autoritäres, die überwiegende Mehrheit der Menschen von allen wichtigen Entscheidungen ausschliessendes für die Betriebe und Unternehmen anderseits.

Wie dieser «Dritte Weg» aussehen könnte, darüber gingen die Meinungen auseinander. Es gab ja auch nur wenige Ansätze, ihn zu verwirklichen: etwa den «*Prager Frühling*» von 1968 oder das «*chilenische Modell*» der Volksfrontregierung Allende von 1971 bis 1973. Dass beide Versuche brutal unterdrückt wurden, der eine von der Vormacht des Staatssozialismus, der andere von der Vormacht des Privatkapitalismus, spricht für sich – und für die damaligen Alternativen, die wir als «gefährliche Erinnerung» nicht aus unserem kollektiven Gedächtnis verbannen sollten. Aber schon zu Zeiten der Russischen Oktoberrevolution gab es linke Alternativen gegen politische Diktatur und Kommandowirtschaft. Dazu gehörte vor allem der «*Genossenschaftssozialismus*», wie ihn nicht zuletzt die religiösen Sozialistinnen und Sozialisten vertraten. Auch die 68er-Bewegung, die sich auf «Äquidistanz» zu Staatssozialismus und Privatkapitalismus hielt, trat für die «*Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche*» ein und stellte sich damit in die Tradition eines ungeteilten, eines partizipativen und dadurch auch emanzipatorischen Menschenbildes.

Blair und Schröder halten es nicht einmal für nötig, an dieses Ringen um einen

echten, einen wirklich dritten Weg zu erinnern. Alles was sie über die «alte» *Sozialdemokratie* daherreden, beschränkt sich auf deren angeblichen Egalitarismus: «In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmässigkeit verbunden statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung.» Sie können es nicht lassen, auch noch diejenigen zu beleidigen, die den Kapitalismus nicht für das Ende der Geschichte hielten. Sie sprechen über die Sozialdemokratie mit dem Vokabular ihrer bürgerlichen Gegner. Sie scheinen es nicht einmal mehr besser zu wissen. Wo hätte es denn in sozialdemokratisch regierten Ländern diese «Gleichheit im Ergebnis» je gegeben? Selbst in der marxistischen Theorie hiess es: «Jeder nach seinen Leistungen, jedem nach seinen Bedürfnissen.»

Mit dem «Dritten Weg» von Schröder und Blair wird nicht der Kapitalismus überwunden, sondern die linke Tradition, die sich weigerte, mit dem Kapitalismus Frieden zu schliessen, die sich aber auch nicht auf einen Staatssozialismus einlassen wollte, der das demokratische Menschenbild genauso desavouierte. Auf dem neuen «Dritten Weg» kommt die *Reparaturkollone des Kapitalismus* daher. Das aber ist eine Perversion des «Dritten Wegs», wie sie grotesker oder auch dreister nicht mehr propagiert werden könnte.

Zeitlose Grundwerte?

«Fairness, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere: diese Werte sind zeitlos», verkündet das Papier. So «zeitlos», dass nur noch *Leerformeln* übrig bleiben, mit denen auch ein dem neoliberalen Zeitgeist verhaftetes Papier gut leben kann.

Fairness? Was am Anfang dieses Grundwertekatalogs steht, ist eine Anleihe beim Rechtsphilosophen John Rawls, der meint,

die Reichen dürften reicher werden, wenn die Armen dadurch nicht ärmer, sondern im Gegenteil auch bessergestellt würden. Das wäre zwar kein Sozialismus, aber immer noch besser als die reale Entwicklung. Was «fairerweise» getan werden müsste, um die Kluft zwischen Arm und Reich nicht ständig grösser werden zu lassen, ist den Autoren des Papiers aber keine ernsthafte Überlegung wert.

Soziale Gerechtigkeit? Es folgt kein Wort über die schamlose Bereicherung der Reichen durch den Shareholder-Kapitalismus, aber auch durch die – mit keiner Leistung verbundenen – Erbschaften riesiger Vermögenswerte, oder durch den «Standortwettbewerb», der es den Reichen erlaubt, Staaten gegeneinander auszuspielen, damit sie die Steuern senken und die Sozialleistungen abbauen. Statt dessen lesen wir: «Die Höhe der Staatsausgaben hat trotz einiger Unterschiede mehr oder weniger die Grenzen der Akzeptanz erreicht.» Blair und Schröder sprechen lieber von «Steuersenkungen» als von Steuergerechtigkeit. Sie legen weniger Gewicht auf die sozialstaatlichen Leistungen als auf die «Fairness gegenüber denen, die das bezahlen». Gregor Gysi hat dem Schröder/Blair-Papier mit Recht entgegengehalten, dass in den letzten Jahren «in Deutschland die Gewinnsteuer und die Einkommenssteuer (der Reichen – W. Sp.) für das gesamte Steueraufkommen eine immer geringere Rolle spielten, während der Anteil der Lohnsteuern allein von 1992 bis 1997 um 20,7% stieg und der grösste Einnahmenposten des Fiskus ist».

Freiheit? Welche ist gemeint? Im Papier ist viel vom «erfolgreichen Unternehmer», von «unternehmerischer Selbständigkeit und Initiative» die Rede, aber wir lesen kein Wort von der Freiheit der «Unternehmen», von denen, die ein Recht haben sollten, wenigstens nicht Opfer der reinen Profitmaximierung zu werden. Die Blairs und Schröders bewundern den Unternehmer, der «nicht durch Grenzen behindert werden darf». Seine Freiheit geht über die Rechte der Arbeitenden. Alle haben Pflichten, nur die Wirtschaft nicht.

Chancengleichheit? Gewiss, das Schröder/Blair-Papier will die Bildung und Ausbildung der Menschen fördern. Aber kaum aus emanzipatorischem Interesse, besteht doch «die wichtigste Aufgabe der Modernisierung darin, in Humankapital zu investieren, um sowohl den einzelnen als auch die Unternehmen auf die wissensgestützte Wirtschaft der Zukunft vorzubereiten». Das Unwort vom «Humankapital» verrät die Absicht: Bildung ja, aber nur, weil und sofern sie der Wirtschaft zustatten kommt.

Solidarität? Sie ist billig zu haben, wenn die Grundwerte, auf die sie sich bezieht, in eine Abstraktionshöhe projiziert werden, wo alle alles darunter verstehen können. Und wie steht es um die *Verantwortung für andere*? Ist damit überhaupt noch ein politischer Grundwert gemeint und nicht vielmehr die Delegation des Sozialen ans Private, an die zwischenmenschlichen Beziehungen, die sich nach neokonservativem Muster soweit idealisieren lassen, dass der Sozialstaat für überflüssig erklärt werden kann? Wie heisst es doch im Schröder/Blair-Papier: «Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett der Eigenverantwortung umwandeln.» Da wäre die Parole «weniger Solidarität – mehr Eigenverantwortung» auch nicht mehr fern...

Fehlende Analyse – unzureichende Strategie

Blair und Schröder propagieren einen Staat, der «die Wirtschaft nach Kräften fördert, sich aber nie als Ersatz für die Wirtschaft betrachtet». So weit – so gut, aber was ist «Wirtschaft»? Das, was die Chefetagen dafür halten? Gehören die Beschäftigten auch dazu? Die Gewerkschaften kommen zwar vor, aber sie spielen in der Terminologie des Papiers nur die Begleitmusik der Wirtschaft, denn sie sollen «in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten und dauerhaften Wohlstand schaffen». An die *Mitbestimmung*, die angesichts des immer diktatorischer sich gebärdenden Shareholder-Kapitalismus aktueller denn je sein müsste, ver-

schwenden die beiden Protagonisten des «Dritten Wegs» und der «Neuen Mitte» keine müde Zeile. Selbst Schröder vergisst oder verdrängt offenbar das Modell, das den rheinischen Kapitalismus ein Stück weit humanisiert hat. Weil Mitbestimmung, gemessen an den reinen Kapitalinteressen, kein «Standortvorteil» mehr ist?

Weiter heisst es, die Politik müsse die «Steuerungsfunktion von Märkten» ergänzen und verbessern. Es folgt der Satz: «Wir unterstützen eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft.» Wie aber will die Linke verhindern, dass der Markt nicht nur globaler, sondern auch totaler und damit totalitär wird? Es gab einmal eine «Soziale Marktwirtschaft», die sich – jedenfalls im Verständnis ihres wichtigsten Vertreters Alfred Müller-Armack – ebenfalls als eine Art von «Drittem Weg» begriff. Sie nahm sich vor, zwar nicht in den Markt einzugreifen, aber wenigstens dessen Ungerechtigkeiten zu korrigieren, sei es durch Steuergerechtigkeit, sei es durch Sozialleistungen für die weniger privilegierten Menschen. Heute entzieht sich das Kapital immer mehr dem Grundsatz, dass «Eigentum verpflichtet». Die deregulierte Wirtschaft ist so mächtig geworden, dass sie nun ihrerseits beginnt, die Politik zu regulieren. Und bist du nicht willig, so brauche ich «Sachzwänge»! Selbst das keynesianische «deficit spending» wird in diesem Papier verpönt, womit auch noch die Konjunkturzyklen wie nicht hinterfragbare Naturgesetze hinzunehmen wären. Wer wie Blair und Schröder alles auf «ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte» setzt, landet früher oder später in der «Marktgesellschaft», die er vielleicht nicht will, die aber nur der Eigengesetzlichkeit der sich selbst überlassenen «Marktkräfte» folgt.

Die beiden Protagonisten des «Dritten Wegs» hätten es in der Hand, auf EU-Ebene wegweisend tätig zu werden. Was wollen sie unternehmen, um den selbstmörderischen Standortwettbewerb einzudämmen? Es bleibt bei so unverbindlichen Formulierungen wie: «Auf EU-Ebene sollte die Steuerpolitik energische Massnahmen

zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und der Steuerflucht unterstützen.» Aber selbst diese Absichtserklärung wird neuerdings von Tony Blair desavouiert. Er stemmt sich gegen jede Regelung, die den Eurobondmarkt gefährden könnte (NZZ 11./12.12.99). Einmal mehr regiert nicht die britische Regierung, sondern die Londoner City. Was erst auf *Weltebene* geschehen müsste, welche Sozialklauseln hier den Markt bändigen sollten, ist den beiden Autoren keine Überlegung wert. Sie analysieren auch nicht die Gefährdung des Weltmarktes durch das globale, rund um die Uhr mit Lichtgeschwindigkeit zirkulierende und spekulierende Finanzkapital. Von der Diskussion um die Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobin-Tax) nehmen sie schlicht keine Kenntnis. Ihnen fehlt ganz einfach der Gestaltungswille gegenüber der Globalisierung.

Gut gemeint sind gewiss die Massnahmen zur Bekämpfung der *Arbeitslosigkeit*: Billigjobs werden staatlich subventioniert, Langzeitarbeitslose zu ihrem Glück gezwungen bzw. verpflichtet, in Einsatzprogrammen mitzumachen. Und vor allem sollen die Arbeitgeber von der «Steuer- und Sozialabgabenlast» entlastet werden. Das sei die «angebotsorientierte Agenda der Linken». Aber wird da nicht einfach die neoliberalen Botschaft nachgebetet, dass mehr Gewinne und weniger Soziallasten mehr Investitionen und damit auch mehr Arbeitsplätze generierten? Nur, Blair und Schröder wurden doch gerade deshalb gewählt, weil diese Gleichung nicht stimmt. Obschon die Unternehmensgewinne und Shareholder-Einkommen in den 90er Jahren massiv gestiegen sind, erreichte die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen und stagnierten die Arbeitseinkommen. Kann linke Politik auf eine Analyse der Klassengesellschaft verzichten, die genau jene Probleme schafft, an denen die Blairs und Schröders mehr oder weniger hilflos herumkurieren?

Doch wie tröstlich: «Moderne Sozialdemokraten sind keine Laissez-faire-Neoliberalen». Blair und Schröder haben es nötig, das zu betonen.